

Neue Zuercher Zeitung

10. November 2011

Einsparungen dank Wechsel

Informatik am Verwaltungsgericht

fel. Bern · Der Wechsel der Informatik-Plattform vom Bundesgericht zum Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) hat sich für das Bundesverwaltungsgericht beziehungsweise für die eidgenössischen Steuerzahler offensichtlich gelohnt. Laut dem nun vorliegenden Schlussbericht zum Projekt IT-Plattform-Wechsel fallen beim Bundesverwaltungsgericht künftig rund 30 Prozent weniger an «reinen» Betriebskosten an. Im Jahre 2010 mussten dem damaligen Leistungserbringer Bundesgericht dafür 3,6 Millionen Franken bezahlt werden. Nach dem Wechsel schlugen im Jahre 2011 noch 2,5 Millionen Franken zu Buche, die an das neu verantwortliche BIT sowie an externe Dienstleister gingen.

Das damals neu geschaffene Bundesverwaltungsgericht musste seinen Betrieb im Jahre 2007 mit dem auf einem Open-Source-Ansatz basierenden System des Bundesgerichts aufnehmen. Von Anfang an kam es zu Schwierigkeiten, weil das Bundesverwaltungsgericht mit den Dienstleistungen aus Lausanne nicht zufrieden war. Zudem erwies es sich als problematisch, dass das Bundesgericht gleichzeitig als Aufsichtsinstanz und als Dienstleister des Bundesverwaltungsgerichts auftrat. Die Übung «IT aus einem Guss» wurde daher noch im Jahre 2007 abgebrochen, indem das Parlament es allen eidgenössischen Gerichten erlaubte, ab 2010 im Bereich der IT eigene Wege zu gehen. Damals wurden die Kosten bei einem Alleingang des Bundesverwaltungsgerichts auf knapp 16 000 Franken pro Arbeitsplatz geschätzt. Tatsächlich belaufen sie sich nun laut dem Schlussbericht auf gut 14 100 Franken pro Kopf und Jahr.